A14: Aufwandsentschädigung für die*den Vorsitzende*n

Einreichende: Nina Treu und Christoph Sedlaczek

Unterstützende: Carl Bauer, Beate Ehms, Cornelia Falken, Bosse Rosenow, Susanne Scheidereiter

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Die*Der Vorsitzende(n) von Die Linke Leipzig erhalten für seine/ihre Tätigkeit als Vorsitzende für Die Linke Leipzig monatlich eine Aufwandsentschädigung. Diese ist maximal so hoch wie die eines Minijobs (Stand August 2026: 603€/monatlich). Jede*r Vorsitzende kann dies abrufen oder ablehnen, es bedarf dazu keines weiteren Beschlusses des jeweiligen Vorstands.

Finanzierung:

Kosten jährlich	Gegenfinanzierung
603€ Arbeitnehmerbrutto monatlich = 7.236 € jährlich pro Person Arbeitgeberbrutto: ca. 200€/monatlich zusätzlich (Abgaben abhängig von Lohnsituation der jeweiligen Person) ca. 9.500€ jährlich pro Person	SV Leipzig: ca. 9.500 Euro
Summe: **ca. 9.500 Euro pro Vorsitzende*r** **max. 20.000 € jährlich**	**Summe:** **ca. 9.500 Euro pro Vorsitzende*r** **max. 20.000 € jährlich**

Begründung:

Die Linke Leipzig ist der größte Kreisverband von Die Linke bundesweit. Es gibt hier mehr zu tun als in manchen Landesverbänden. Gleichzeitig hat die Geschäftsstelle dauerhaft nur zwei bezahlte Mitarbeiter. Die*Der Vorsitzende(n) von Die Linke Leipzig haben feste Aufgaben, die regelmäßig anfallen und über die durchschnittliche Tätigkeit als Beisitzer*in hinausgehen. Dazu gehören

- Dienstberatung (2h/Woche)
- Vor- und Nachbereitung der Stadtvorstands- und OV-Sitzungen (ca. 2h/Woche)
- Unterzeichnung von Verträgen, Buchungen etc. (1-2h/Monat)
- Vertretung von Die Linke Leipzig bei Beratungen mit unterschiedlichen Strukturen der Partei auf Stadt-, Landes- und Bundesebene (ca. 5-20h/Monat)
- Kommunikation mit Mitgliedern und Strukturen (ca. 3-5h/Woche)
- Mitarbeiter*innen-Koordination (Ausschreibungen, Auswahlgespräche, Monitoring, Feedback-Gespräche, Klausuren…) (punktuell, ca. 10-30h/Jahr)
- Leitung des Wahlstabs während des Wahlkampfs (dann 5-10h/Monat)

Wir finden, dass diese Tätigkeiten, die über das durchschnittliche Maß der Stadtvorstandsmitglieder hinausgehen, eine Aufwandsentschädigung verdienen.
Wir hoffen, das Amt der Vorsitzenden damit attraktiver zu machen. Es ist offensichtlich, dass

dies nötig ist, weil sich die Suche nach eine*r zweite*n Vorsitzende*n zur Mindestquotierung gerade und auf absehbare Zeit schwierig gestaltet.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt: